



Der Bausektor trägt noch viel zur chinesischen Wirtschaftsleistung bei, doch es findet eine Wachablösung statt. KYUNG-HOON / REUTERS

China rechnet sich reicher

Statistische Neuberechnung bringt eine wirtschaftliche Aufblähung im Reich der Mitte

China lässt sein Bruttoinlandprodukt nachrechnen. Das Resultat der aufwendigen Übung ist ein markantes Anschwellen der numerischen Wirtschaftsleistung. Auf das Wachstum des laufenden Jahres wirkt sich die Anpassung jedoch nicht aus.

Norbert Hellmann, Schanghai

Wie das National Bureau of Statistics (NBS) mitgeteilt hat, ist das chinesische Bruttoinlandprodukt (BIP) für das Jahr 2013 aufgrund neuer Erkenntnisse um 3,4% auf 58,8 Bio. Yuan (umgerechnet zirka 9,3 Bio. Fr.) nach oben korrigiert worden. Die Korrektur bedeutet einen Zuwachs um rund 300 Mrd. Fr., was für sich allein genommen etwa der Grösse des gesamten BIP von Malaysia im vergangenen Jahr gleichkommt.

Kein statistischer Rückenwind

Der Zensus basiert auf detaillierten Erhebungen und Befragungen bei Millionen von kleineren und mittleren chinesischen Unternehmen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor. Eine entsprechende Neuberechnung hatte bereits bei den vorangegangenen Anpassungsrunden in den Jahren 2009 und 2004 zu kräftigen Aufschlägen beim BIP geführt.

Entgegen der Erwartung einiger Analytiker haben die Verantwortlichen des Statistikamtes klargemacht, dass das Exerzitium nicht zu einer höheren Einschätzung beim BIP des laufenden und vergangenen Jahres führt. Damit können die chinesischen Wirtschafts-

planer auch nicht – wie zuvor kolportiert – statistischen Rückenwind nutzen, um quasi mit einem Handstreich die für das laufende Kalenderjahr anvisierte Zielmarke einer Expansion des BIP um 7,5% doch noch zu erreichen.

Das Wachstumsziel wackelt

In den vergangenen Wochen hatten diverse Ökonomen vorgerechnet, dass die Neuberechnung des BIP sich auch in der chinesischen Wachstumsrate des laufenden Jahres niederschlagen könnte und diese um 0,1 bis 0,3 Prozentpunkte erhöhen dürfte. Dies hätte ausgereicht, um der Regierung die befürchtete Schmach eines Verfehlers des offiziellen Wachstumsziels, das in den vergangenen fünfzehn Jahren stets eingehalten oder deutlich übererfüllt werden konnte, zu ersparen.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge hat die chinesische Wirtschaft im vierten Quartal ihren Trend einer konjunkturellen Abkühlung fortgesetzt. Nachdem das BIP-Wachstum im dritten Quartal auf 7,3% gesunken ist, dürfte sich auch im Schlussabschnitt des Jahres kein höherer Wert eingestellt haben. Damit wird das chinesische Wirtschaftswachstum für das Gesamtjahr von Experten auf einen Bereich zwischen 7,2% und 7,4% veranschlagt.

Dienstleistungen treiben an

Die Neuberechnung stösst dennoch auf einige Aufmerksamkeit, denn sie zeigt, dass sich im Rahmen einer verfeinerten Erhebung der chinesische Dienstleistungssektor immer stärker zur treibenden Kraft für die weltweit zweitgrösste Volkswirtschaft entwickelt – eine Kraft,

die sich im Wesentlichen auf privates Unternehmertum mit hoher Beschäftigungswirkung abstützt. Dies könnte auch eine Erklärung dafür sein, dass die deutliche Abkühlung der chinesischen Wirtschaft anders als in vorangegangenen Schwächeperioden kaum Auswirkungen zeigt am Arbeitsmarkt beziehungsweise beim Lohnwachstum; die Situation der Beschäftigung in China gilt weiterhin als robust.

Nach Angaben des Statistikbüros steuere der Dienstleistungssektor im Jahr 2013 zirka 46,9% zum chinesischen BIP bei, zuvor war ein Anteil von 46,1% errechnet worden. Der Beitrag des sekundären Sektors, also der Industrie und Bauwirtschaft, zum chinesischen BIP wird in der neuen Rechnung geringfügig von 43,9% auf 43,7% korrigiert. In diesem Jahr dürfte sich der Trend einer Wachablösung bei den chinesischen Antriebskräften zugunsten des Dienstleistungsgewerbes noch verstärkt haben.

Offene Fragen

Ökonomen verweisen darauf, dass das Statistikbüro eine wichtige Frage offengelassen hat, nämlich inwieweit sich die Forschungs- und Entwicklungsausgaben (F&E) auf die Berechnung des BIP auswirken. Bisher waren in der vom NBS verwendeten Methodologie die betrieblichen Forschungsleistungen als Ausgaben und nicht als Investitionen gewertet worden; sie flossen daher nicht positiv in die BIP-Kalkulation mit ein. Gegenwärtig wird der jährliche F&E-Aufwand auf etwa 2% des BIP veranschlagt. Ebenfalls ungeklärt blieb die vom NBS verwendete Kalkulationsmethode für Immobiliendienstleistungen.

HERAUSGEGRIFFEN

Wie ein Streichholz an der Tankstelle

Alexander Busch, São Paulo · Seit Mitte August ist die Simón-Bolívar-Brücke zwischen Kolumbien und Venezuela nachts gesperrt. Über sie läuft die wichtigste Handelsroute zwischen den beiden Karibikländern. Zusätzlich sollen 17 000 Soldaten die 2200 Kilometer lange Landesgrenze bewachen. Ihre Aufgabe: Sie sollen Schmuggel verhindern. Einerseits den von Kokain und Waffen, andererseits geht es um ein weit lukrativeres Schmuggelgut: subventioniertes Benzin. In Venezuela kostet der Treibstoff 1,5 Cent den Liter. Einen Dollar bezahlt man dort, um einen 50-Liter Tank zu füllen. Beim Tanken, so heisst es, sei das Trinkgeld für den Tankwart teurer als das Benzin. In Kolumbien dagegen kostet das Benzin \$ 1.25. Die Schmuggler, die schätzungsweise 100 000 Fass am Tag über die Grenze schleppen, kassieren gleich doppelt: Die in Kolumbien verdienten Dollars können sie auf dem Schwarzmarkt in Venezuela für das 20-Fache des offiziellen Kurses eintauschen – und wieder billig Benzin einkaufen. Geschätzt rund 4 Mrd. \$ verliert Venezuela durch den Benzinschmuggel jährlich. Benzin aus Venezuela ist eines der Schmuggelgüter mit den höchsten Gewinnmargen weltweit, schätzt Moisés Naim, ehemaliger Industrieminister Venezuelas und Experte für internationale Kriminalität. Jetzt sollen biometrische Kreditkarten dafür sorgen, dass jeder Venezolaner nur noch ein tägliches Limit an Benzin kaufen darf.

Der Schaden für die venezolanische Volkswirtschaft ist weit grösser: Zwischen 15 und 25 Mrd. \$ Verluste schreibt der staatliche Ölkonzern PdVSA jährlich, weil er Benzin weit unter den Produktionskosten abgeben muss. Inzwischen importiert PdVSA sogar Benzin, weil die eigenen Raffinerie-Kapazitäten nicht mehr ausreichen, um den Markt mit Treibstoff zu versorgen. Dennoch zögert die Regierung, die Benzinpreise anzuheben, denn als sie im Jahr 1989 inmitten einer Krise den Benzinpreis zum letzten Mal anhob, kam es zu gewalttätigen Aufständen mit Tausenden von Toten. In Venezuelas Politik heisst es, eine Anhebung der Benzinpreise sei, als würde man ein Streichholz in einer Tankstelle anzünden.

Dabei könnte die linkspopulistische Regierung überzeugend für eine Preiserhöhung mit der sozialen Ungerechtigkeit der Subvention argumentieren: Das reichste Viertel der Bevölkerung spart im Jahr rund 3300 \$ für Benzin, um seine SUV zu betanken. Das ärmste dagegen erhält nur 470 \$ seiner Treibstoffrechnung erlassen. Mit genau diesem Argument hat Präsident Nicolas Maduro vorsichtig angedeutet, dass er sich weiterhin mit dem Thema beschäftigen wird. In der sperrigen Sprechweise des tropischen Sozialismus erklärte er, die Benzinpreise zu «rationalisieren», um die Mehreinnahmen für soziale Ausgaben zu verwenden. Doch – fügte er postwendend hinzu – es bestehe keinerlei Grund zur Eile.

Können Banken US-Bussen auf Kunden abwälzen?

Meinungsverschiedenheiten unter Schweizer Juristen

Den Banken, die sich im US-Programm zur Beilegung des Steuerstreits in die Gruppe 2 eingeordnet haben, drohen Bussen von US-Behörden. Mehrere Schweizer Finanzinstitute prüfen derzeit, ob sich solche Strafen auf Kunden abwälzen lassen.

Michael Ferber

Schweizer Banken loten Möglichkeiten aus, eventuelle Bussen im US-Steuerstreit auf Kunden abzuwälzen. Laut Anwälten sind diese Finanzhäuser Teil der Gruppe 2 des US-Programms zur Bereinigung von Altlasten steuerunehrlicher US-Kunden. Diese Kategorie umfasst Finanzhäuser, die nicht ausschliessen, nach dem 1. August 2008 unversteuerte Gelder von amerikanischen Kunden angenommen zu haben und folglich gegen US-Recht verstossen zu haben. Den betroffenen Banken drohen Bussen des amerikanischen Justizministeriums, des Department of Justice (DoJ).

Vorsätzliche Unwahrheiten

Der Zürcher Anwalt Jean-Marc Schaller, der in dieser Sache mehrere Banken vertritt, hält eine Abwälzung solcher Strafen in bestimmten Konstellationen für möglich. Konkret sei dies in Fällen denkbar, in denen Kunden gegenüber ihrer Bank ihren Status als US-Kunde nicht offengelegt oder vorsätzlich Unwahrheiten angegeben hätten. Dies könne beispielsweise der Fall sein, wenn sie eine US-Doppelbürgerschaft verschwiegen oder andere US-Anknüpfungspunkte nicht offen deklariert hätten. Gemäss Schaller dürfe es dabei aber keine aktiv auf US-Kunden mit unversteuerten Geldern ausgerichtete Strategie der jeweiligen Bank gegeben haben.

Er begründet dies damit, dass die Skala, anhand deren das DoJ die Geldauflage bemisst, unabhängig vom individuellen Verschulden der Bank sei. Ob die DoJ-Geldauflage letztlich auf einen Kunden abzuwälzen sei, hänge auch von der konkreten Ausgestaltung der künf-

tigen Non-Prosecution Agreements (NPA) ab. Aus der Sicht Schallers scheint in diesen Fällen keine Busse im schweizerischen Rechtssinn vorzuliegen. Dies mache eine Abwälzung auf solche US-Kunden denkbar, die sich durch lückenhafte oder bewusst falsche Informationen über ihren Status als «US-Kunde» selbst erhebliche Schulden aufgeladen hätten.

Freiwillige Zahlungen?

Anders sieht dies Andreas Rüd, Anwalt bei der Kanzlei Rüd Winkler Partner. Er betreut derzeit Klienten, bei denen die Bank die Auszahlung von Kontoguthaben verweigert, um im Fall einer DoJ-Busse diese möglicherweise auf sie abwälzen zu können. Rüd hält dies für nicht gerechtfertigt. Bussen seien äusserst persönlich, man könne diese eigentlich nicht abwälzen. Ausserdem handle es sich letztlich bei den DoJ-Strafen genau besehen gar nicht um Bussen. Wenn eine Bank sich entscheide, am amerikanischen Programm zur Beilegung des Steuerstreits teilzunehmen, handle es sich vielmehr um freiwillige Zahlungen. Ein Finanzhaus, das überzeugt davon sei, dass es sich nichts zuschulden habe kommen lassen, sollte am US-Programm gar nicht teilnehmen bzw. daraus aussteigen. Mehrere Banken haben dies bereits auch getan. Laut Rüd sind die meisten betroffenen Kunden ohnehin schon lange nicht mehr bei den möglicherweise von den Bussen betroffenen Banken. Die Finanzhäuser hätten sie in den Jahren 2008 und 2009 «hinausgeworfen».

Banken nicht völlig frei

Schaller hingegen hält den Einwand, dass sich Banken der Gruppe 2 freiwillig dem DoJ-Programm unterworfen hätten, für fraglich. Nach der nicht als private Meinungsäusserung deklarierten Aufforderung des früheren Finma-Direktors Patrick Raaflaub in der NZZ (vgl. NZZ vom 29. 11. 13) an die Banken, sich im Zweifel in die Gruppe 2 einzuordnen, sei der Wille der Banken nicht mehr völlig frei gewesen. Eines eigentlichen Zwangs bedürfe es nicht.

SNB intervenierte mit einigen Milliarden

Druck auf Kursuntergrenze zum Euro nimmt nach Ankündigung von Negativzinsen ab

Es gilt als ein Geheimnis: Die Schweizerische Nationalbank (SNB) macht keine Angaben dazu, ob und wie sie zur Verteidigung des Mindestkurses interveniert. Die neueste Statistik zu den Girokonten lässt aber darauf schliessen, dass die SNB in der letzten Woche am Devisenmarkt in einem Umfang intervenieren musste, der im einstelligen Milliardenbereich verblieben ist.

Als Nationalbankpräsident Thomas Jordan letzte Woche ankündigte, auf den Girokonten der Geschäftsbanken bei der SNB per 22. Januar 2015 einen neuen negativen Zins von -0,25% zu erheben, bestätigte er ausnahmsweise,

dass die SNB zuvor zur Verteidigung des Mindestkurses eingreifen musste. Nachdem das ganze Jahr über Ruhe geherrscht hatte, war der Kurs des Euro laut Daten von Bloomberg am 17. Dezember bis auf 1.20035 abgesunken.

Weil die SNB Käufe von in ausländischer Währung dominierten Wertpapieren in der Regel über Banken abwickelt, liefert die wöchentlich ausgewiesene Höhe der Girokonten einigermaßen verlässliche Hinweise darauf, ob und wie die Nationalbank interveniert hat. Dabei wird allerdings die Höhe der Girokonten nicht nur von allfälligen Interventionen der SNB beeinflusst.

Laut Daten der SNB vom Montag haben sich die Sichtguthaben inländischer Banken zum 19. Dezember gegenüber der Vorwoche um 3,1 Mrd. Fr. und die übrigen Guthaben um 2,9 Mrd. Fr. erhöht. Die Giroguthaben sind damit um 6 Mrd. Fr. auf 374,6 Mrd. Fr. gestiegen.

Seit der Ankündigung, Negativzinsen einzuführen, hat sich der Euro-Franken-Kurs in den letzten Tagen wieder in einigermaßen «sicheren» Bereichen um Fr. 1.2040 bewegt, so dass die SNB nicht mehr weiter interveniert haben dürfte. Allerdings hat sich der Frankenkurs bisher auch nicht gross von der Kursuntergrenze zu lösen vermocht.